



Protokoll

21. Sitzung des Gemeinderates Montag, 13. Mai 2024, 19:00 Uhr bis 20:27 Uhr Gemeinderatssaal, Stadthaus

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Geschäftsleitung, Erneuerungswahl für das Amtsjahr 2024/2025
- 4 Kommission Planung und Bau (KPB), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 anstelle der zurückgetretenen Debora Zahn (Grüne)
- 5 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 anstelle des zurückgetretenen Patricio Frei (Grüne)
- 6 Rechnungsprüfungskommission (RPK), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 anstelle der zurückgetretenen Debora Zahn (Grüne)
- 7 Rechnungsprüfungskommission (RPK), Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 anstelle des zurückgetretenen Präsidenten Walter Meier (EVP)
- 8 Parlamentarische Initiative 563/2024 von Daniel Schnyder (SVP), Marc Thalmann (FDP), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Paul Stopper (BPU): "Teuerungsausgleich – mehr Mitspracherecht für den Gemeinderat"
- 9 Weisung 63/2024 des Stadtrates: Sportanlage Buchholz, Pumptrack, Erweiterung Trendsportplatz; Kreditbewilligung
- 10 Kenntnisnahmen

Präsenz

Vorsitz	Präsident Patricio Frei (Grüne) bis TOP 3a Präsident Hans Denzler (SVP) ab TOP 3b
Protokoll	Daniel Reuter, Ratsschreiber
Anwesend	34 Ratsmitglieder
Stadtrat	Barbara Thalmann, Stadtpräsidentin Dr. Cla Reto Famos, Abteilungsvorsteher Finanzen Stefan Feldmann, Abteilungsvorsteher Bau Patricia Bernet, Abteilungsvorsteherin Bildung Dr. Petra Bättig, Abteilungsvorsteherin Soziales Beatrice Caviezel, Abteilungsvorsteherin Sicherheit Karin Fehr, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Pascal Sidler, Stadtschreiber
Ausschluss	Ulrich Schmid (SVP, Nänikon) bei TOP 8 betreffend PVO SSU
Entschuldigt	Christoph Keller (SVP) Peter Mathis-Jäggi (SP) Benno Scherrer, Präsident der Sekundarschulpflege
Verspätet	Tanja Göldi (SP) bis 19:06 Uhr
Presse	Eleanor Rutman, AvU

Der Präsident begrüsst die Medien sowie das Publikum auf der Tribüne. Zudem heisst er Lukas Adam (Grüne) und Andres Kronenberg (SP) als Ratsmitglieder erstmals willkommen; sie haben die Nachfolge per 1. April 2024 von Natalie Lengacher (Grüne) bzw. 1. Mai 2024 von Karin Niedermann (SP) übernommen.

Es erfolgt der Namensaufruf durch den Ratsschreiber.

Änderung Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

1 Mitteilungen

ZHAW, Umfrage

Die Ratsmitglieder haben heute von der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaft (ZHAW) eine Umfrage erhalten. Leider hat es darin einen technischen Fehler. Wir werden über das weitere Vorgehen wieder informieren.

Persönliche Erklärungen

Nina Nussbaumer (SP) verliest folgende Erklärung: *Heute starten wir ins neue Amtsjahr. Dies fällt heute zusammen mit der Legislaturhalbjahrzeit. Für die Parteien bedeutet dies der Startschuss für die Vorbereitungen der nächsten Wahlen. Eine grosse Aufgabe dabei ist, die Liste von Kandidierenden zusammenzustellen, die dann in der nächsten Legislatur die Bevölkerung von Uster im Parlament vertreten sollen.*

Ein Blick in unsere Runde zeigt einen klaren Handlungsbedarf auf. 22% Frauenanteil – das ist einfach schlecht. Nur die „Mitte“ kann mit einer Quote von 100% glänzen – dem Parteiwechsel von Ulrich Schmid „sei Dank“.

Nur 22 % – obwohl es nicht weg zu diskutieren ist, dass ausgewogene politische Repräsentation entscheidend ist, um die Gleichstellung weiter voranzutreiben.

Nur 22% – obwohl wir wissen, dass es Alle braucht, damit eine Demokratie funktioniert.

Nur 22% – obwohl Wissen und Können in unserer Gesellschaft gleich verteilt sind. Haben wir nicht eher eine unausgesprochene Männerquote? Nur dass sie nicht 50, sondern 70% beträgt?

Nur den Wählerinnen und Wählern sowie den jeweiligen Einzelpersonen die Schuld und Verantwortung für diesen ungenügenden Anteil zu geben, damit macht mensch es sich zu einfach. Es gilt die strukturellen Rahmenbedingungen zu verbessern. Ich hoffe, dass nach dem Austritt von Andrea Grob alle verstanden haben, dass dieser Rat nicht für alle Menschen gleich zugänglich ist.

Den Wählerinnen und Wählern gilt es zudem eine echte Auswahl zur Verfügung zu stellen. Ich fordere deshalb alle Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern dazu auf, jetzt in dieser entscheidenden Phase, die Gespräche mit möglichen Kandidatinnen zu führen, sie zu motivieren und ihnen dann die Chance auf einen guten Listenplatz zu gewähren.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 20. Sitzung vom 25. März 2024 ist am 6. Mai 2024 öffentlich zugänglich gemacht worden. Beanstandungen sind keine eingegangen.

Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 57 OrgErl GR als genehmigt.

3 Geschäftsleitung, Erneuerungswahl für das Amtsjahr 2024/2025

Zum Abschluss seines Amtsjahres hält **Präsident Patricio Frei (Grüne)** folgende Ansprache: *Es war mir eine grosse Ehre, dieses Amt innegehabt zu haben.*

Und mit «Ehre» mein ich nicht den Umstand, als «Herr Präsident» angesprochen zu werden – oder in der für mich als Hispanophilen adaptierten Version «señor presidente». Für das nehme ich mich selber zu wenig wichtig.

Jetzt kann ich es ja offen sagen: Eigentlich wollte ich gar nicht Präsident werden. Ich bin es aus der Not heraus geworden: Weil in meiner kleinen Fraktion gerade niemand anders dazu bereit war, sprang ich in die Bresche – mehr widerwillig, zumindest zu Beginn. Schnell aber fand ich Gefallen am Amt als Gemeinderatspräsidenten.

Da waren die vielen Begegnungen. Ich habe versucht, an jeder Veranstaltung und an jeder Hundsverlochete teilzunehmen, zu der ich eingeladen wurde. Beispielsweise kurz nach meiner Wahl ans Türmlifest in Freudwil. Nur zu gut erinnere ich mich, wie ich – kaum da angekommen – mich fragte: Was soll ich hier eigentlich? Ich kenne ja niemanden in Freudwil. Ich wurde eines Besseren belehrt. Ich blieb viel länger, als ich eigentlich geplant hatte. Und ich habe viele neue Bekanntschaften geschlossen. Seit diesem Tag bin ich auch ein Freudwiler! Das Türmlifest war eines meiner persönlichen „Highlights“ meines Präsidialjahres.

Ja, ich gestehe: ich habe mich bereichert. Bereichert an Begegnungen – so wie ich Euch vor über einem Jahr gewarnt hatte. Diese Begegnungen waren vermutlich das Wertvollste in den letzten fast 13 Monaten. Und dafür bin ich dankbar.

Was mich überrascht hat: Dieses Amt bietet viel mehr Spielraum, als ich zuerst wahrhaben wollte – und da bin ich natürlich auch dem Sekretariat sehr dankbar für die Unterstützung. Ich bin stolz auf das, was ich als Präsident alles umsetzen konnte:

- *Erstmals hat der Gemeinderat von Uster extra muros getagt – in Nänikon und Riedikon.*
- *Erstmals hat der Gemeinderat für einen Ratsausflug auf den öffentlichen Verkehr gesetzt – und dabei auch noch...*
- *erstmals die Landesgrenze überschritten!*
- *Erstmals wurde die Budgetsitzung effizient – wobei einige würden sagen: gestutzt – abgehalten.*

Und sind wir ehrlich: Es kann kein Zufall sein, dass die Stadt ihre Jahresrechnung mit einem Plus von 10 Millionen abschliesst – wenn ich oberster Ustermer bin!

Eines aber, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, werde ich zeitlebens nie verzeihen. Gewisse würden sagen, das sei eine üble Sache. Das nehme ich wirklich persönlich: Kein einziger, in Zahlen Null-Komma-Null-Null-Null – Zero – Nada -Nix: keinen einzigen Stichentscheid habt Ihr mir zugestanden!

Egal! Mein Präsidialjahr wird in wenigen Minuten Geschichte sein. Und was hat es gebracht? Deswegen wurde in der Stadt Uster kein einziger Baum weniger gefällt oder mehr gepflanzt. Und das ist auch der Grund, weshalb ich heute Abend neben dem weinenden auch ein lachendes Auge habe: Ich freue mich auf die Freiheit, die ich als ordentliches Mitglied dieses Gemeinderats zurückgewinne. Das ich endlich wieder meine Meinung zu den Geschäften und Diskussionen in diesem Rat kundtun kann. Aber vor allem: Dass ich endlich wieder mit Vorstössen die Zukunft dieser Stadt mitgestalten darf. Und Sie können sicher sein: Da hat sich bei mir so einiges angestaut in den letzten Wochen und Monaten. (Applaus)

Bis zum Abschluss dieses Tagesordnungspunktes – Geschäft 3 – bleiben die bisherigen Stimmenzählerinnen, Anita Borer und Ursula Räuftlin, sowie Stimmenzähler Jürg Krauer, im Amt.

Ab Tagesordnungspunkt 4, Kommission Planung und Bau (KPB), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 anstelle der zurückgetretenen Debora Zahn (Grüne), amten die neu gewählten Stimmenzählerinnen oder Stimmenzähler.

Die Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten sowie der Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten erfolgt geheim (Art. 73 Abs. 4 OrgErl GR in Verbindung mit §§ 26 und 31 Gemeindegesetz [GG]). Das gilt auch für die Wahl der übrigen Mitglieder der Geschäftsleitung und für Kommissionsmitglieder, sofern mehr Personen vorgeschlagen werden, als Sitze zu vergeben sind (Art. 73 Abs. 3 OrgErl GR).

Im ersten Wahlgang und im zweiten Wahlgang gilt das absolute Mehr, im dritten Wahlgang das relative Mehr (§ 31 GG).

Während eines Wahlgangs darf sich die Zahl der stimmberechtigten Ratsmitglieder nicht verändern. Die Ratsmitglieder sind an die Wahlvorschläge nicht gebunden. Wählbar ist jedes Ratsmitglied mit Ausnahme des abtretenden Präsidenten, der für das folgende Jahr weder als Präsident noch als Vizepräsident wählbar ist (Art. 5 Abs. 2 OrgErl GR).

Die Stimmzählerinnen und der Stimmzähler sowie der Ratsschreiber amten als Wahlbüro (Art. 72 Abs. 2 OrgErl GR). Die Wahlprotokolle sind jeweils vollständig auszufüllen.

a) Wahl der Präsidentin oder des Präsidenten

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Markus Ehrensperger (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Hans Denzler (SVP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Wahlzettel sind von den Stimmzählerinnen und vom Stimmzähler auszuteilen.

Haben alle Ratsmitglieder ihren Wahlzettel ausfüllen können? Das ist der Fall.

Die Wahlzettel sind einzusammeln und in die Urne zu legen; sie werden im Ratssaal ausgezählt.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis des ersten Wahlgangs bekannt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	34
eingegangene Wahlzettel	34
-leere Wahlzettel	1
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	33
absolutes Mehr	17
Gewählt ist mit Stimmen:	
Hans Denzler	32
Ferner erhielten Stimmen:	
Josua Graf	1
massgebende Wahlzettel	33

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

1. **Hans Denzler (SVP) wird als Präsident für das Amtsjahr 2024/2025 gewählt.**
2. **Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

Präsident Hans Denzler (SVP) übernimmt den Vorsitz und hält folgende Ansprache: *Es freut mich das Amt als Gemeinderatspräsident für ein Jahr ausüben zu dürfen. Ein herzliches Dankeschön an Sie, für meine Wahl. Es ist mir bewusst, dass nebst den schönen und geselligen Anlässen, es auch Momente geben wird, in denen man gefordert wird. Knifflige Situationen, die eben nicht planbaren. Diese Momente kennt sicher jeder meiner Vorgänger, die das Amt bereits ausführen durften. Was mich für das Amt auch motiviert, ist, dass ich mit zwei sehr kompetenten Personen, Daniel Reuter und Monika Füllemann zusammenarbeiten darf und mit dem bestem Parlament der Welt wie es mein Vorgänger, Patricio Frei, nannte. Es ist nicht selbstverständlich, dass wir in Uster zwei so herzliche und kompetente Personen im Parlamentsdienst haben dürfen. Somit möchte ich an dieser Stelle an Daniel Reuter und Monika Füllemann ein grosses Dankeschön aussprechen und erlaube mir das im Sinne des ganzen Gemeinderates.*

Ja, ich als Landwirt komme vom Land und bin jetzt Ratspräsident der drittgrössten Stadt des Kantons Zürich. Das heutige Uster, urbaner und städtischer. Das passt ja nicht so zusammen! Oder doch? Ich glaube, das passt sehr gut zusammen. Uster empfinde ich persönlich immer als eine Stadt auf dem Lande. Es fahren noch Traktoren durch die Stadt, man kennt sich noch ab und zu, winkt sich in solchen Momenten noch freundlich mit der Hand zu beim Vorbeifahren oder macht ein Schwatz miteinander. Ab und zu schmeckt es an der Stadtgrenze auch mal stärker nach Landwirtschaft. Trotz all dem, Uster ist eine Stadt mit Hochhäusern und einer urbanen Bevölkerung geworden.

Somit bin ich bei meinem Leitfaden für dieses Amtsjahr. Stadt-Land-Graben.

Zwischen grösseren Städten und dem ländlichen Raum gibt es einen Graben, der sich zumindest aus politischer Sicht vertieft hat.

Der Graben verläuft nicht entlang einer geraden Linie, sondern besteht aus einem Spannungsfeld. In diesem «Dazwischen» lebt der grösste Teil der Bevölkerung. Zu diesem Schluss kommt die Forschungsstelle Sotomo im Stadt-Land-Monitor 2021.

Ganz einfach war diese Beziehung aufgrund der besonderen Schweizer Entstehungsgeschichte noch nie.

Der Ustertag zeigt deutlich auf, dass bereits früher ein Graben bestanden hat. Als am 22. November 1830 rund 10'000 Menschen auf dem ustermer Zimikerhügel strömten um auf friedliche Weise gegen die Bevormundung vom Land durch die Stadt zu demonstrieren.

Heute sind es aber komplett andere Herausforderungen. Es ist mir bewusst, dass jedem seine persönliche Herkunft einem prägt. Ob ich in Zürich an der Rosengartenstrasse oder in einem Bergdorf aufwachse.

Einen Graben kann man überwinden: Man baut eine Brücke oder schüttet ihn langsam auf. Um das zu erreichen, braucht es auf beiden Seiten Verständnis und sachliche Informationen, um Lösungen zu finden.

Somit sehe ich mich in diesem Amt auch ein bisschen als Brückenbauer. Bauer bin ich schon und die Brücke können wir gemeinsam aufbauen.

Politik und auch persönliche Gespräche sind für den Brückenbau wichtig. Nicht nur in diesem Thema.

Hören wir einander zu, egal aus welchem politischen Lager die Ideen, Vorstellungen kommen.

Es ist mir wichtig, dass sich Uster weiterentwickeln kann und doch noch etwas Landluft durch Uster bläst.

Um das Amt als Gemeinderatspräsident ein Jahr ausüben zu können braucht es natürlich auch Unterstützung meiner Familie. Meine Frau unterstützt mich immer wieder in allem Belangen. Ob den Stall noch fertig machen, schnell was holen usw. Dafür möchte ich Ihr mal herzlich Danke sagen. Aber auch meine vier Kinder unterstützen mich immer wieder in verschiedenen Belangen auch an sie ein herzliches Dankeschön.

Ja, und was ich mir in diesem Amtsjahr auch vorgenommen habe, ist mit allen Fraktionen nach der Gemeinderatssitzung mal auf ein Bier mitzugehen. (Applaus)

b) Wahl der 1. Vizepräsidentin oder des 1. Vizepräsidenten

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Markus Ehrensperger (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Ali Özcan (SP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Wahlzettel sind von den Stimmentzählerinnen und vom Stimmentzähler auszuteilen.

Haben alle Ratsmitglieder ihren Wahlzettel ausfüllen können? Das ist der Fall.

Die Wahlzettel sind einzusammeln und in die Urne zu legen; sie werden im Ratssaal ausgezählt.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis des ersten Wahlgangs bekannt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	34
eingegangene Wahlzettel	34
-leere Wahlzettel	0
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	
absolutes Mehr	
Gewählt ist mit Stimmen:	
Ali Özcan	33
Ferner erhielten Stimmen:	
Josua Graf	1
massgebende Wahlzettel	34

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Ali Özcan (SP) wird als 1. Vizepräsident für das Amtsjahr 2024/2025 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

c) Wahl der 2. Vizepräsidentin oder des 2. Vizepräsidenten

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Markus Ehrensperger (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Marco Kranner (Grünliberale).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Die Wahlzettel sind von den Stimmezählerinnen und vom Stimmezähler auszuteilen.

Haben alle Ratsmitglieder ihren Wahlzettel ausfüllen können? Das ist der Fall.

Die Wahlzettel sind einzusammeln und in die Urne zu legen; sie werden im Ratssaal ausgezählt.

Ich gebe Ihnen das Ergebnis des ersten Wahlgangs bekannt.

1. Wahlgang

anwesende Ratsmitglieder	34
eingegangene Wahlzettel	34
-leere Wahlzettel	1
-ungültige Wahlzettel	0
massgebende Wahlzettel	33
absolutes Mehr	17
Gewählt ist mit Stimmen:	
Marco Kranner	33
massgebende Wahlzettel	33

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Marco Kranner (Grünliberale) wird als 2. Vizepräsident für das Amtsjahr 2024/2025 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

d) Wahl der Stimmzählerinnen oder Stimmzähler

Der Präsident der Interfraktionellen Konferenz (IFK), **Markus Ehrensperger (SVP)**, schlägt zur Wahl vor:

Anita Borer (SVP), Patricio Frei (Grüne) und Jürg Krauer (FDP).

Der Vorschlag wird nicht vermehrt.

Der Präsident erklärt die Vorgesprochenen als gewählt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Anita Borer (SVP) wird als Stimmzählerin sowie Patricio Frei (Grüne) und Jürg Krauer (FDP) werden als Stimmzähler für das Amtsjahr 2024/2025 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege.**

4 Kommission Planung und Bau (KPB), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 anstelle der zurückgetretenen Debora Zahn (Grüne)

Gemeinsame Behandlung von TOP 4 bis TOP 7.

Präsident Hans Denzler (SVP): Sie haben von der Interfraktionellen Konferenz (IFK) am 9. April 2024 einen gemeinsamen Wahlvorschlag für alle Ersatzwahlen in die Kommissionen erhalten. Die Namen der Vorgeschlagenen sind veröffentlicht worden.

Werden diese Wahlvorschläge nicht vermehrt, beantrage ich Ihnen, die Geschäfte 4 bis 7 gemeinsam zu behandeln.

Das ist der Fall.

Damit erkläre ich alle Vorgeschlagenen als gewählt.

Die Tagesordnungspunkte (TOP) 4 bis 7 sind erledigt.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Patricio Frei (Grüne) wird als Mitglied der Kommission Planung und Bau für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

5 Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 anstelle des zurückgetretenen Patricio Frei (Grüne)

Gemeinsame Behandlung von TOP 4 bis TOP 7.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Debora Zahn (Grüne) wird als Mitglied der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

6 Rechnungsprüfungskommission (RPK), Ersatzwahl eines Mitglieds für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 anstelle der zurückgetretenen Debora Zahn (Grüne)

Gemeinsame Behandlung von TOP 4 bis TOP 7.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Patricio Frei (Grüne) wird als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

7 Rechnungsprüfungskommission (RPK), Ersatzwahl für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 anstelle des zurückgetretenen Präsidenten Walter Meier (EVP)

Gemeinsame Behandlung von TOP 4 bis TOP 7.

Wahl

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Patricio Frei (Grüne) wird als Präsident der Rechnungsprüfungskommission für den Rest der Amtsdauer 2022-2026 gewählt.**
- 2. Mitteilung an den Stadtrat.**

8 **Parlamentarische Initiative 563/2024 von Daniel Schnyder (SVP), Marc Thalmann (FDP), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Paul Stopper (BPU): „Teuerungsausgleich - mehr Mitspracherecht für den Gemeinderat“**

Ulrich Schmid (SVP, Nänikon) betreffend PVO SSU ausgeschlossen (Art. 4 GO Sekundarschulgemeinde).

Von Daniel Schnyder (SVP), Marc Thalmann (FDP), Ursula Räuftlin (Grünliberale) und Paul Stopper (BPU) ist am 4. April 2024 folgende Parlamentarische Initiative eingereicht worden:

Der Gemeinderat **wird beauftragt**, es sei zu beschliessen:

1. § 43 der Personalverordnung der Stadt Uster (PVO) wird wie folgt geändert:

Die Anstellungsbehörde übernimmt den Entscheid des Regierungsrates über die generellen Besoldungsanpassungen, sofern der Gemeinderat nichts anderes beschliesst. ~~Will die Anstellungsbehörde von der Besoldungsquote des Regierungsrates abweichen, indem sie eine höhere oder tiefere Quote festlegen will, ist darüber ein Beschluss des Gemeinderates notwendig.~~

2. § 7 der Personalverordnung der Sekundarschulgemeinde Uster (PVO SSU) wird wie folgt geändert:

Über den Teuerungsausgleich, generelle Realloohnerhöhungen, strukturell bedingte Neueinstufungen sowie generelle Lohnreduktionen entscheidet die Schulpflege, sofern der Gemeinderat nichts anderes beschliesst.

Begründung

Nach der Sitzung vom 12. Dezember 2022, in welcher der Gemeinderat Uster beschlossen hatte, den Teuerungsausgleich für die kommunal Angestellten von 3,5 % auf 2,5 % zu senken, entstand eine Diskussion um die Zuständigkeiten und Befugnisse im Kontext des Teuerungsausgleichs. Der darauffolgende Rekurs beim Bezirksrat Uster, der zugunsten der Angestellten entschieden wurde, verdeutlichte die Notwendigkeit, die Rolle des Gemeinderats in solchen finanziellen Entscheidungen zu präzisieren.

Mit dieser Parlamentarischen Initiative soll der Gemeinderat ein klar definiertes Mitspracherecht beim Teuerungsausgleich erhalten. Ziel ist es, zukünftige Entscheidungen transparenter und auf einer demokratisch soliden Basis zu fassen. Dabei geht es nicht darum, vergangene Entscheidungen in Frage zu stellen, sondern vielmehr darum, die Prozesse zu verbessern. Der Teuerungsausgleich soll auf der Gemeindeebene und damit möglichst nah an den Betroffenen diskutiert werden können.

Durch die Einräumung eines Mitspracherechts des Gemeinderats bei solchen wesentlichen Entscheidungen können wir sicherstellen, dass die Gegebenheiten vor Ort und alle Beteiligten angemessen berücksichtigt werden und dass die Entscheidungen im besten Interesse der Stadt und ihrer Mitarbeiter getroffen werden. Der Vorschlag zielt darauf ab, die Verfahrensweisen zu optimieren und den Gemeinderat mit in die Verantwortung zu nehmen.

Präsident Hans Denzler (SVP): *Wir behandeln heute zum ersten Mal eine Parlamentarische Initiative (PI). Im Gegensatz zur Interpellation, die eine Diskussion der Begründung nicht zulässt (Art. 43 Abs. 2 OrgErl GR), ist das hier möglich.*

Im Übrigen verweise ich auf den Beschluss der Geschäftsleitung vom 10. April 2024, wonach wir zwei Abstimmungen durchzuführen haben:

- *Ziffer 1 betrifft die Personalverordnung der Stadt Uster (PVO) und ist, sofern das Quorum erreicht wird, von der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit (KÖS) zu behandeln.*
- *Ziffer 2 betrifft die Personalverordnung der Sekundarschulgemeinde Uster (PVO SSU) und ist, sofern das Quorum erreicht wird, von der Kommission Bildung und Gesellschaft (KBG) zu behandeln. Ulrich Schmid (SVP, Nänikon) ist in Anwendung von Art. 4 GO Sekundarschulgemeinde bei der Behandlung dieses Teils der Parlamentarischen Initiative ausgeschlossen.*

Stadtrat und Sekundarschulpflege haben heute in ihrem Zuständigkeitsbereich beratende Stimme und Antragsrecht (§ 36 Abs. 3 Gemeindegesetz [GG]).

Wie geht es nach der allfälligen Unterstützung weiter? Die Parlamentarische Initiative wird vom Ratspräsidenten an die zuständigen Kommissionen überwiesen (Beschluss der Geschäftsleitung vom 10. April 2024). Danach gilt weiterhin Art. 47 OrgErl GR, wozu es zwei Phasen gibt:

1. Die erste Phase ist das Ausarbeitungsverfahren ohne Mitwirkung der Exekutive. Das entspricht eigentlich dem vorparlamentarischen Verfahren von Stadtrat oder Sekundarschulpflege mit interner Konsultation ihrer Bereiche und Abteilungen sowie Vernehmlassung. Es ist die kreative Phase der parlamentarischen Initiative. Die Kommission kann sich im Einverständnis von Stadtrat oder Sekundarschulpflege durch Angestellte der Verwaltung unterstützen lassen. Diese Phase endet innert zwölf Monaten in einem vorläufigen Entwurf, der zur schriftlichen Stellungnahme dem Stadtrat bzw. der Sekundarschulpflege übermittelt wird.
2. Die zweite Phase ist das parlamentarische Vorberatungsverfahren. Nach Erhalt der Stellungnahme von Stadtrat bzw. Sekundarschulpflege beschliesst die zuständige Kommission endgültig über ihre Anträge an den Gemeinderat. Dazu kann die Kommission den Text wieder ändern, geht es auch darum einen politischen Kompromiss zu finden. Bei Nichteintreten oder Ablehnung in der Schlussabstimmung im Gemeinderat ist das Verfahren beendet. Bei Zustimmung untersteht das Geschäft nach Massgabe der Gemeindeordnung (GO) dem fakultativen Referendum.

Daniel Schnyder (SVP) begründet die Parlamentarische Initiative: *Mehr Mitsprache für Transparenz und Fairness! Heute – 13. Mai 2024 um 19:46 Uhr – erleben wir ein geschichtsträchtiges Ereignis hier im Gemeinderat von Uster: Die erste parlamentarische Initiative in unserer Geschichte! Ein Ereignis, das nicht nur in den Protokollen festgehalten wird, sondern auch in die Geschichtsbücher unserer Stadt eingehen könnte. Es wäre doch schade, wenn diese Premiere gleich mit einem Misserfolg enden würde und die erste Initiative in unserem Parlament das Quorum nicht erreicht. Aber es geht hier natürlich nicht nur um Geschichte, sondern um eine wichtige Angelegenheit, die uns alle betrifft: Den Teuerungsausgleich für unsere kommunal Angestellten. Als der Gemeinderat an der Sitzung vom 12. Dezember 2022 den Teuerungsausgleich von 3,5 % auf 2,5 % senkte, wurde deutlich, dass wir Klarheit in den Zuständigkeiten brauchen. Der darauffolgende Entscheid des Bezirksrats zugunsten der Angestellten zeigte uns, dass die Prozesse verbessert werden müssen.*

Unsere Initiative zielt darauf ab, dem Gemeinderat ein klar definiertes Mitspracherecht beim Teuerungsausgleich zu geben. Es geht darum, dass wir Entscheidungen, die die Gehälter unserer Angestellten betreffen, hier vor Ort und demokratisch legitimiert treffen können – egal in welche Richtung.

Wir wollen sicherstellen, dass die Gegebenheiten vor Ort berücksichtigt werden und dass solche Entscheidungen im besten Interesse unserer Stadt und ihrer Mitarbeiter getroffen werden.

Wir möchten die Verfahrensweisen optimieren und den Gemeinderat stärker in die Verantwortung nehmen.

Ich betone: Es geht nicht darum, vergangene Entscheidungen in Frage zu stellen, sondern vielmehr darum, unsere Prozesse für die Zukunft zu verbessern und transparenter zu gestalten.

Lassen Sie uns gemeinsam dieses historische Kapitel aufschlagen und diese Initiative mit einem klaren Ja unterstützen.

Wird die Parlamentarischen Initiative heute unterstützt, können die vorberatenden Kommissionen dem Gemeinderat beantragen, an welchem Ort in der PVO und in der PVO SSU unser Anliegen genau ausformuliert werden soll.

Präsident Hans Denzler (SVP): *Wer wünscht das Wort zu Ziffer 1 der Parlamentarischen Initiative?*

Für die SP-Fraktion referiert **Tanja Göldi (SP)**: *Wir von der SP Fraktion lehnen das Anliegen der Parlamentarischen Initiative ab.*

Die Ausrichtung eines Teuerungsausgleichs ist eines von vielen Mitteln der Personalführung. Die Personalführung ist eine Aufgabe, welche der Exekutive unterliegt.

Es macht keinen Sinn, für ein Element dieser vielfältigen Aufgabe die Kompetenzen zu ändern.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Uster, welche eine wichtige und gute Arbeit für unsere Stadt leisten, kann die Formulierung der Initiative «Die Anstellungsbehörde übernimmt den Entscheid des Regierungsrates über die generelle Besoldungsanpassungen, sofern der Gemeinderat nichts anderes beschliesst.» nach Willkür und Androhung von Abstrafung tönen.

Mit der heutigen Praxis gibt es einen Automatismus, und eine klare Regelung wie der Teuerungsausgleich geregelt ist. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dieser Vorgang transparent und konsistent.

Gerade in der Zeit von Fachkräftemangel, auch in der Verwaltung, ist es für die Stadt Uster wichtig als verbindliche und zuverlässige Arbeitgeberin wahrgenommen zu werden.

Wir haben die Befürchtung das dies durch das Anliegen der Initianten und Initiantinnen gefährdet ist.

Wir sind der Meinung, der Teuerungsausgleich sollte nicht zum politischen Spielball verkommen, sondern dann ausbezahlt werden, wenn es zu einer Teuerung und zum damit einhergehenden Kaufkraftverlust kommt.

Aus diesem Grund werden wir die Initiative nicht unterstützen.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Claudia Frei (Grünliberale)**: *Am 23. Januar 2023 hat sich der damalige Gemeinderatspräsident über das städtische Personal auf der Tribüne mokiert, das gegen die Beschlüsse des Gemeinderates vom 12. Dezember 2022, nämlich das Budget und insbesondere die Kürzung des durch den Stadtrat beschlossenen Teuerungsausgleich, einen Rekurs beim Bezirksrat eingereicht und einen offenen Brief geschrieben hat. Der damalige Gemeinderatspräsident hat damals wörtlich gesagt, dass der Bezirksrat über die Themen, beziehungsweise Vorwürfe, wie „nackter Willkür“ und „unsachgemässer Kompetenzüberschreitung“ entscheiden wird. Nun, der Bezirksrat hat entschieden – und er hat gegen den Gemeinderat Uster entschieden.*

Wohl genau deshalb haben wir nun heute über diese parlamentarische Initiative zu entscheiden. Es wurde nämlich weiter gesagt, dass wir aufgrund dieser Vorwürfe nun noch genauer hinschauen sollten.

Ich kann Ihnen sagen: Vielleicht wäre es an der Zeit, wieder in einen etwas konstruktiveren Modus zu kommen. Die Personalverordnung wird nämlich aktuell überarbeitet und der Gemeinderat hat durchaus dort die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Dazu hätte es diese Parlamentarische Initiative nicht gebraucht.

Aktuell legt der Stadtrat oder die Sekundarschulpflege – in Anlehnung an den betreffenden Regierungsratsbeschluss – den Teuerungsausgleich für das städtische Personal fest. Es ist so: 2022 wurde ein hoher Teuerungsausgleich festgelegt, der wohl nicht ganz dem realen entsprochen hat. Es gab aber auch schon Jahre, in denen das umgekehrt war.

Fakt ist, dass es den Unterzeichnenden dieser Parlamentarischen Initiative nicht darum geht, einen höheren Teuerungsausgleich auszurichten, sondern die Möglichkeit haben wollen, diesen kürzen zu können.

Und hier muss sich das Ustermer Parlament schon überlegen, welche Verantwortung man als Arbeitgeber hat und wie attraktiv man als Stadt sein möchte. Eine Stadtverwaltung ist eben genau kein Unternehmen, denn es hat öffentliche Aufgaben, die ausgeführt werden müssen. Eine Stadt kann nicht wählen und entscheiden, dass man eben mehr oder weniger Baubewilligungen bearbeiten will. Man kann nicht wählen, ob man nun mehr oder weniger Menschen in dieser Stadt hat, die einen Beistand brauchen. Es gibt Aufgaben, die wahrzunehmen sind und zu deren Wahrnehmung man auch verpflichtet ist. Und wenn sie das Personal nicht mehr auf dem normalen Arbeitsmarkt finden, werden sie für Springer weit mehr bezahlen müssen.

Dass der Gemeinderat im letzten Jahr über den Inhalt des Budgets, nämlich die Geschäftsfelder, nicht mehr reden will, dafür über den Teuerungsausgleich für die Mitarbeitenden, stört unsere Fraktion doch.

Sie führen in Ihrer Begründung aus, dass eine Notwendigkeit bestehe, präzise zu regeln, wer zuständig ist für den Teuerungsausgleich. Sie wissen ganz genau, dass dies durchaus geregelt ist. Einfach nicht in ihrem Sinn. Der Stadtrat ist zuständig und nicht der Gemeinderat. So wie der Stadtrat und die Sekundarschulpflege auch für anderes seine eigenen Kompetenzen hat. Im Übrigen ist auch der Stadtrat und die Sekundarschulpflege genau wie sie auf der Gemeindeebene. Der Gemeinderat hat hier schlicht gar keine Rolle und deshalb gibt es auch keinen Präzisierungsbedarf.

Weiter führen Sie aus, dass die Entscheidung über den Teuerungsausgleich demokratisch solid abgestützt werden soll. Unseres Wissens nach, wurde auch der Stadtrat demokratisch gewählt. Dieser Vorstoss ist ein Misstrauensvotum an den Stadtrat und die Sekundarschulpflege und nichts anderes. Sie unterstellen den Exekutivorganen in ihrer Begründung auch, dass sie ihre Entscheidungen nicht im besten Interesse der Stadt und ihrer Mitarbeiter treffen würden. Offenbar halten sie sich dafür besser geeignet. Mit Prozesse verbessern hat dieser Vorstoss nichts zu tun, denn die Prozesse sind klar.

Der Grünliberale/EVP-Fraktion ist es an dieser Stelle auch wichtig, dass die städtischen Mitarbeitenden wissen, dass wir froh sind, dass sie jeden Tag einen guten Job machen, motiviert arbeiten und sich jeden Tag für die Stadt Uster einsetzen.

Selbstverständlich ist es der Grünliberale/EVP-Fraktion ein Anliegen, dass mit den städtischen Finanzen sorgfältig umgegangen wird. Davon gehen wir aus. Dafür leistet diese PI aber keinen Beitrag, im Gegenteil. Sie führt zu einem zusätzlichen Aufwand, der insbesondere deshalb nicht nötig ist, weil die Personalverordnung sowieso überarbeitet wird und man sein Ansinnen dort hätte einbringen können. Wir stimmen dieser Parlamentarischen Initiative mit einer Ausnahme nicht zu.

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Marc Thalmann (FDP)**: *Wir haben die Vorgeschichte dieser ersten Parlamentarischen Initiative durch den Erstunterzeichner, Daniel Schnyder, gehört.*

Es ist uns wichtig, an dieser Stelle klar zu erwähnen, dass damit in keiner Weise die Arbeit der Verwaltung oder deren Wertschätzung in Frage gestellt wird.

Die Formulierung der städtischen Personalverordnung ist in dieser Frage aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Weicht der Stadtrat in seinem Antrag vom regierungsrätlichen Vorschlag ab, müssten wir als Parlament darüber entscheiden, aber einen eigenen Antrag dazu stellen dürfen wir nicht.

Wir müssen uns an dieser Stelle den verschiedenen Rollen der Gremien bewusst sein. Der Stadtrat, welcher in dieser Frage ja die Vertretung des Personals wahrnimmt, wird sich wohl kaum den ihm in der Verordnung gegebenen Spielraum nutzen und einen tieferen Teuerungsausgleich ansetzen, als vom Regierungsrat ausgegeben.

Wir als Mitglieder des Parlaments hingegen sind die Vertretung der Ustermer Steuerzahlenden und damit verantwortlich für den nachhaltigen Umgang mit den uns anvertrauten Steuerfranken.

Wie die Situation vor zwei Jahren zeigte, kann die starre Regelung des Kantons dazu führen, dass die Teuerung überkompensiert wird. Mit der Konsequenz, dass die Stadt Uster nun seit 2023 jährlich rund CHF 700'000 "zuviel" an Löhnen ausbezahlt.

Das Argument der dadurch allenfalls ungleichen Löhne von Kanton und Stadt zählt aus unserer Sicht nicht, da bereits heute insbesondere in den Lohnnebenleistungen Unterschiede bestehen.

Nochmals, es geht bei dieser Initiative nicht darum, dem Personal berechnete Teuerungsausgleiche streitig zu machen, aber wenn sich im November resp. Dezember abzeichnet, dass die Jahresteuern weit unter oder aber auch über dem Wert vom August liegt, muss es in der Kompetenz des Gemeinderats liegen, hier Anpassungen vorzunehmen.

Daher trägt die FDP/Die Mitte-Fraktion die Initiative geschlossen mit.

Für die Grüne-Fraktion referiert **Patricio Frei (Grüne)**: *Worum geht es eigentlich bei diesem Geschäft? Geht es tatsächlich um Mitsprache? Grundsätzlich sind auch wir Grünen für mehr Mitsprache.*

Aber hier stellt sich die Frage, worum geht es bei dieser Mitsprache? Es geht darum, ob der Gemeinderat beim Teuerungsausgleich fürs Personal mitreden kann. Konkret: Ob wir den städtischen Angestellten den Teuerungsausgleich gewähren und wenn ja, in welcher Höhe. Abgesehen davon, dass dieser Vorstoss einen gravierenden Makel hat, zu dem ich später komme.

Aktuell entscheidet der Stadtrat über den Teuerungsausgleich des städtischen Personals: Er kann dem Gemeinderat einen Antrag unterbreiten. Stellt er keinen Antrag, dann ist der Teuerungsausgleich an den entsprechenden Entscheid des Zürcher Regierungsrats gekoppelt. Dieser orientiert sich dabei am Landesindex der Konsumentenpreis (LIK) vom August. Dieser wiederum misst die preisliche Veränderung wichtiger Konsumgüter in der Schweiz, allerdings nicht Mietzinsen oder Krankenkassenprämien.

Wir Grünen sind überzeugt: Wenn die Stadt Uster ihren Angestellten die Teuerung ausgleicht, will sie vermeiden, dass deren Löhne einen Kaufkraftverlust erleiden. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag, um weiterhin eine attraktive Arbeitgeberin zu bleiben. Tut sie es nicht, hat dies sicherlich keinen positiven Einfluss auf die Fluktuation und dürfte es der Stadt Uster schwerer fallen, gut qualifiziertes Angestellte zu finden – erst recht beim aktuellen Fachkräftemangel.

Zurück zum groben Makel an diesem Vorstoss: Wenn die Initiantinnen und Initianten künftig den Teuerungsausgleich selber festlegen wollen, müssen sie deklarieren, aufgrund welcher Kriterien sie dies tun wollen. Der Regierungsrat hat dies offengelegt. In der Parlamentarischen Initiative 563/2024 fehlt aber diese wichtige Information: Aufgrund welcher Kriterien soll künftig der Teuerungsausgleich festgelegt werden? Ist es ein anderer Index? Ist es ein anderer Monat des LIK? Oder ist es Willkür? Deshalb lehnen wir Grünen diese Parlamentarische Initiative ab.

Für den Stadtrat nimmt **Stadtpräsidentin Barbara Thalmann** Stellung: *Ich werde mich nicht inhaltlich zur PI äussern, aber zwei Hinweise machen: Aktuell wird die PVO revidiert, der Gemeinderat wird diese Weisung noch vor den Sommerferien erhalten. Dannzumal kann auch in diesem Zusammenhang über den Teuerungsausgleich diskutiert werden. In der PI steht, es gehe um § 43 PVO; darin geht es um die aktuelle Lohnentwicklung, um Quoten, die der Regierungsrat festgelegt. Der Teuerungsausgleich ist in § 46 PVO geregelt worden. Ich bitte Sie um Kenntnisnahme.*

Die Parlamentarische Initiative bedarf bei Ziffer 1 der Unterstützung durch 12 von 36 Ratsmitgliedern (Art. 47 Abs. 3 OrgErl GR).

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Die Parlamentarische Initiative 563/2024 (Ziffer 1) wird betreffend PVO mit 16 Stimmen (Quorum 12) unterstützt.**
- 2. Mitteilung an die Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit sowie an den Stadtrat.**

./.

Präsident Hans Denzler (SVP): *Wer wünscht das Wort zu Ziffer 2 der Parlamentarischen Initiative? Ulrich Schmid (SVP) ist jetzt ausgeschlossen (sinngemäss nach Art. 28 Abs. 1 OrgErl GR).*

Die Parlamentarische Initiative bedarf bei Ziffer 2 der Unterstützung durch 12 von 35 Ratsmitgliedern (Art. 47 Abs. 3 OrgErl GR).

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst:

- 1. Die Parlamentarische Initiative 563/2024 (Ziffer 2) wird betreffend PVO SSU mit 15 Stimmen (Quorum 12) unterstützt (ein Ratsmitglied in Anwendung von Art. 4 GO Sekundarschulgemeinde ausgeschlossen).**
- 2. Mitteilung an die Kommission Bildung und Gesellschaft sowie an die Sekundarschulpflege.**

9 Weisung 63/2024 des Stadtrates: Sportanlage Buchholz, Pumptrack, Erweiterung Trendsportplatz; Kreditbewilligung

Für die Kommission Bildung und Gesellschaft (KBG) referiert **Isabel Eigenmann (Die Mitte)**: *In der Kommission wurde der Ausbau des Trendsportplatzes mit Karin Fehr vom Stadtrat und Beat Berger von der Verwaltung besprochen. Die Weiterentwicklung des Sportplatzes war schon länger geplant. Für den Pumptrack und die Erweiterung des Sportplatzes wurden rund CHF 830000 in der Investitionsplanung vorgesehen. Beat Berger erklärte, dass für die Umsetzung verschiedene Vereine, die zur Mitarbeit bereit waren, in einem partizipativen Verfahren zur Entscheidung und Gestaltung des Sportplatzes zugezogen wurden. So konnte man einen Ausbau planen, der aufgrund seiner Multifunktionalität den Vereinen und unabhängigen Nutzern für das Training zur Verfügung steht und eine breite Abstützung findet. Die Stadt will in diesem Jahr den Schub im Zusammenhang mit der Rad-WM nutzen und die Bevölkerung von Uster gemäss dem Sportkonzept weiter zur Bewegung animieren, indem ein permanenter und fixer Pumptrack den Trendsportplatz erweitert. Im 2021 wurde ein mobiler Pumptrack platziert, der zahlreiche Besucher angelockt hat. Dabei stehen vor allem Nutzer von ungebundenen Sportangeboten im Zentrum, die keinem Verein angehören. Ein fixer Pumptrack war immer wieder Thema und ermöglicht auch jungen Besuchern die nötige Sicherheit. In der KBG wurde unter anderem besprochen, wie Komplikationen zwischen der verschiedenen Nutzergruppen verhindert werden können. Dazu würde man das Reglement anpassen, sieht aber aufgrund der Erfahrungen keine Gefahr.*

Diese Umsetzung steht im Einklang mit der Gesamtplanung "Buchholz". Den ganzen Ausbau in diesem Jahr in einer Bauphase zu realisieren zeigt, dass aufgrund der Nutzung von baulichen Synergien kostengünstiger gebaut werden kann. Es entstehen neben der Sportinfrastruktur auch geplante Aufenthalts- und Ruhezonen. Mit einem Sonnensegel werden Schattenplätze geschaffen und Bäume steigern die Biodiversität.

Der Kredit über CHF 841000 ist in der Investitionsplanung enthalten. Weitere CHF 180000 kommen vom Kanton und sind bereits zugesichert. Man erwartet keine weiteren Kosten, rechnet aber mit jährlichen Folgekosten von CHF 20000. Aufgrund des Standorts können Synergien genutzt werden, die bereits jetzt im Rahmen der Einbettung in die Buchholzanlage geleistet werden.

Die Kommission stimmt der Weisung mit 8:0 in Abwesenheit einer Person zu.

Für die Rechnungsprüfungskommission (RPK) referiert **Marc Thalmann (FDP)**: *Die Weisung wurde an der Sitzung der RPK vom 6. Mai 2024 behandelt. Seitens des Stadtrats und der Verwaltung waren Karin Fehr und Beat Berger anwesend.*

In der aktuellen vom Gemeinderat genehmigten Investitionsplanung «2024 und Folgejahre» sind für die Projekte «Buchholz, Outdoor-Fitnesspark» 2024 CHF 60000 und «Pumptrack und Erweiterung Trendsportplatz Buchholz» zwischen 2024-2026 CHF 830000 vorgesehen. Somit sind für das vorliegende Projekt total CHF 890000 eingestellt.

Da die Detailplanung gegenüber der ursprünglichen Planung aufgezeigt hat, dass das Projekt aufgrund von baulichen Synergien in einer Bauphase kostengünstiger gebaut werden kann, sollen die Massnahmen bis in den Herbst 2024 umgesetzt werden.

Im Gegenzug entfallen in der Investitionsplanung in den Folgejahren zudem die Projekte «Aufwertung Trendsportplatz» und «Streetworkout Area». Der Wegfall dieser Projekte entlastet damit die Investitionsplanung in den Folgejahren um CHF 290000.

Der Kreditantrag beläuft sich inkl. MwSt. auf netto CHF 841000. Netto deshalb, weil das Kantonale Sportamt einen fixen Beitrag von CHF 181000 gesprochen hat.

Separat abgerechnet wird der vom Stadtrat bewilligte Projektierungskredit über CHF 65000. Somit ist mit Gesamtkosten des Projekts mit CHF 906000 zu rechnen.

Die Folgekosten werden mit CHF 73703 ausgewiesen, wobei sich der Hauptteil von CHF 53000 aus den Kapitalfolgekosten (Abschreibung und Verzinsung) ergibt.

In der RPK wurden ähnliche Fragestellungen wie in der Sachkommission diskutiert: ob die Nachfrage für die Ausbauten gegeben ist und wie deren Ermittlung erfolgte. Der partizipative Ansatz beruhte auf Freiwilligkeit – es wurden die verschiedenen Nutzer und Anbieter auf der Sportanlage angeschrieben und eingeladen. Die in der Weisung erwähnten Vereine haben sich für eine Mitarbeit interessiert und konnten sich einbringen.

Zudem wurde die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer solchen Investition gestellt. Während in den Budgetdebatten im Rat bei den Investitionen über deren Priorisierung oder über Verzichtspolitik gestritten wird, wurde bemängelt, dass bei diesem konkreten Nice-to-have-Projekt die Frage nicht gestellt werde.

Am Ende der Diskussionen war die Mehrheit der Kommission für das Projekt und hiess die Vorlage mit 7:1 Stimmen bei einer Abwesenheit gut und empfiehlt dem Gemeinderat die Annahme der Weisung.

Für die SVP/EDU-Fraktion referiert **Dieter Hohmann (SVP)**: Die geplante Erweiterung der Trendsportanlage Buchholz mit Pumptrack, Skatepark, Workout-Anlage und Basketball-Feld ist ein interessantes Projekt, das gut zur bevorstehenden Rad-WM 2024 passt.

Die vorgesehene Investitionssumme von 1.022.000 Franken, abzüglich 181.000 Franken aus dem Lotterie- und Sportsfonds, ist jedoch beträchtlich und stellt eine erhebliche Belastung für die Jahresrechnung dar.

Wir haben in der Fraktion ausführlich über dieses Projekt diskutiert und sind zu dem Schluss gekommen, dass wir diese Investition trotz der hohen Kosten als eine gute Sache betrachten, insbesondere aufgrund der positiven Zusammenarbeit mit Pro Sport Uster.

Allerdings haben wir keine Freude an der weiteren Belastung der Jahresrechnung und werden die angekündigten Kosteneinsparungen genau beobachten.

Wir erachten es als notwendig, dass die Detailplanung gegenüber der ursprünglichen Planung tatsächlich die versprochenen baulichen Synergien und Kostenvorteile bringt.

Dies ist für uns eine absolute Ausnahme, und wir werden den Stadtrat hier beim Wort nehmen.

Deshalb empfiehlt die SVP/EDU-Fraktion, der Weisung zuzustimmen, allerdings mit der klaren Erwartung, dass die versprochenen Kosteneinsparungen realisiert werden.

Für die SP-Fraktion referiert **Angelika Zarotti (SP)**: Dass die Rad-WM Ende September unter anderem auch nach Uster kommt, ist toll. Dies wird für Uster bestimmt ein positives Zeichen sein.

Dass der Pumptrack sowie die Erweiterung des Trendsportplatzes als Vermächtnis dieser Rad-WM gebaut werden sollen, auch das ist zu verstehen. Zudem ist der Trendsportplatz schon länger geplant.

Das Geschäft hat bei uns aber dennoch Anlass zu Diskussionen gegeben. So ist der Investitionskredit von knapp einer Million Franken für eine bestehende, nicht zu kleine und gut nutzbare Anlage doch recht hoch. Wir sehen allerdings prima vista auch nicht, wo man sparen könnte. Zu Fragezeichen hat unserer Ansicht nach allerdings geführt, wie ein als «nice to have» bezeichnendes Geschäft über einen relevanten Betrag doch sehr kurzfristig und ohne grössere Diskussionen durchgewinkt wird, während sonst bei anderen Geschäften bisweilen um jede tausend Franken gefeilt wird hier im Rat. Es drängt sich der Schluss auf, dass bei diesem Geschäft nicht allseits mit gleichen Ellen gemessen wird, wie das sonst der Fall ist.

Wir freuen uns aber letztlich doch, dass das Buchholz um einen weiteren Aufenthaltsort, der für die Bevölkerung ein Gewinn sein wird, bereichert wird. Die Mehrheit der SP wird dem Geschäft deshalb zustimmen.

Für die FDP/Die Mitte-Fraktion referiert **Isabel Eigenmann (Die Mitte)**: Wir von der FDP/Mitte-Fraktion anerkennen die Bedürfnisse der Einwohner von Uster nach einem attraktiven Freizeitangebot. Anscheinend werden Pumptracks rege genutzt und erfreuen sich bei Jung und Alt grosser Beliebtheit. Ich selber habe es schon ausprobiert und finde es cool und doch auch noch anspruchsvoll, mit dem Bike ein paar Runden da drauf zu kreisen.

Wir schätzen, wie das Projekt dank einer umsichtigen Detailplanung nun CHF 290000 günstiger umgesetzt werden kann und erwarten das vermehrt von verschiedenen Abteilungen.

Mit Blick auf die Budgetdebatten, die steigenden Kosten und gebundenen Ausgaben fragen wir uns aber, ob man es sich tatsächlich leisten kann und soll, eine solche Investition zu tätigen oder es nicht gerade jetzt sinnvoll wäre, die Kosten zu entlasten, indem auf solche, nicht unbedingt nötige Projekte verzichtet wird.

Aus Rücksicht auf die Kinder und Jugendlichen, die immer weniger Nutzungs- und Aufenthaltsfläche zur Verfügung haben und in Anbetracht der vielen Besucher einer solchen Anlage, haben wir uns aber mehrheitlich dazu entschieden, für den Ausbau der Anlage zu stimmen und damit etwas zu realisieren, dass die Attraktivität von Uster für die vorwiegend jungen Bewohner fördert.

Für die Grünliberale/EVP-Fraktion referiert **Claudia Frei (Grünliberale)**: *Wie wohl alle hier drin, freuen auch wir uns sehr, dass die Stadt Uster Startort diverser Strassenrennen der Rad- und Paracycling-Strassen-Weltmeisterschaften sein wird!*

Und dass sich der Stadtrat entschieden hat, dass diese Rad-WM auch der Ustermer Bevölkerung ein Vermächtnis hinterlassen soll, ist für uns fast noch erfreulicher!

Die Grünliberale/EVP-Fraktion begrüsst, dass die Weiterentwicklung in Zusammenarbeit mit den Vereinen auf dem Buchholz erarbeitet worden ist. Deren Wissen und ihre Erfahrung und natürlich auch ihr Engagement soll grundsätzlich immer miteinbezogen werden. Überhaupt möchten wir an dieser Stelle den zahlreichen Sportvereinen in Uster für ihr herausragendes Engagement danken, nicht nur für den Sport, denn die Sportvereine beteiligen sich ja an zahlreichen anderen Anlässen als Helfer und nehmen dort wichtige Funktionen wahr.

Nichts destotrotz gehen wir davon aus, dass auch dieser Bau bei der Bevölkerung, insbesondere vielen Familien und Kindern auf grosses Interesse stossen wird. Bewegung und Sport zu fördern ist letztlich auch eine Gesundheitsprävention, die allen zugutekommt.

Die Grünliberale/EVP-Fraktion hat sich schon immer für Sport stark gemacht, so auch hier! Wir stimmen diesem Antrag natürlich zu!

Balthasar Thalmann (SP): *Wie die Pump-Track-Vorlage politisch gewürdigt wird, haben Sie von den Sprecherinnen und Sprechern aus den Kommissionen gehört.*

Mit geht es jetzt weniger darum. Spätestens mit dem Amtsantritt als Gemeinderatspräsident vor einigen Jahren wissen Sie, dass ich ein grosser Fan und treuer Kunde der Kletterhalle Griffig bin. Als ich die Weisung gelesen haben, habe ich festgestellt, dass das Griffig als direkte Nachbarin mit keinem Wort erwähnt wird. Das machte mich stutzig. Denn das Griffig ist schon vor über zwei Jahren bei der Stadt vorstellig geworden und hat Pläne zur Weiterentwicklung der Kletterhalle vorgestellt. Wie auch immer.

Das Griffig wird von der breiten Bevölkerung genutzt, von Familien, von Jugendorganisationen des SAC, vom Hochschulsport, von PlusSport, vom Nationalteam des Sportkletterns, vom Nationalteams des Para-Kletterns, von Wettkampfveranstalter und, und, und. Es ist als grösste Kletteranlage „in-door“ der Schweiz aus der Sportkletterlandschaft der Schweiz nicht mehr wegzudenken. Genauso wie die Sporthalle Buchholz sind das Griffig und die Squash-Arena Teil des kantonalen Sportanlagenkonzepts KASAK.

Die Kletterhalle Griffig ist als Genossenschaft organisiert, konnte dank eines Baurechts der Stadt die Halle selber bauen und betreibt sie selbsttragend. All die erwähnten Anlässe in Halle finden nur dank Freiwilligenarbeit einer Vielzahl von Leuten statt. Während das Sportklettern bis vor wenigen Jahren eine Disziplin von ein paar Freaks war, werden in Paris nun zum zweiten Mal olympische Medaillen verteilt. Auch die Schweizer Athletinnen und Athleten können im unglaublich kompetitiven Umfeld mithalten. Denken wir an Petra Klingler, Sascha Lehmann, Jonas Utelli oder Nino Grünenfelder. Diese und viele Nachwuchsathletinnen und -athleten trainieren auch im Griffig.

Die Kletterhalle Griffig ist eine absolute Erfolgsgeschichte und ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Von anfänglich 50 000 Eintritten pro Jahr ist das Besucheraufkommen in den letzten 10 Jahren auf ca. 100 000 angestiegen. Darauf aufbauend möchte sich die Kletterhalle weiterentwickeln. Zum einen, um noch mehr Leuten die Freude am Klettern weiterzugeben, zum anderen auch, um den Leistungssportlerinnen und -sportlern – auch im Praclimbing – optimale Trainingsbedingungen zu bieten. Die Vorstellungen sind schon ziemlich konkret: im Osten, in Richtung Forstwerkhof, ist eine Hallenerweiterung geplant, gegen Süden ein freistehender Outdoor-Turm. Wie erwähnt, hat das Griffig diese Pläne bereits im März 2022 dem Geschäftsfeld Sport vorgestellt. Die Rückmeldungen der Stadt dazu waren bis heute sehr zurückhaltend.

Was die Vorstellungen des Griffig sind, finden Sie auf der Tischvorlage. Der Turm ist neben Trainingsgelände für den Breitensport und Leistungssportlerinnen und -sportler auch für nationale oder gar internationale Wettkämpfe vorgesehen. Der SAC, als Sportverband für das Sportklettern, hat das Interesse an dieser Erweiterung ebenfalls schriftlich bekundet. Das Besteckende an dieser Turm-Idee ist, dass es eine dauerhafte Anlage ist. Sie muss nicht – wie sonst üblich – separat für jeden Wettkampf aufgebaut werden. Und was hat das Ganze mit dem Trendsportplatz zu tun? Vieles! Wenn am Sportkletterturm ein Wettkampf stattfindet, könnte das Beach-Volleyballfeld und der Trendsportplatz als Zuschauerraum genutzt werden. Solche Synergien sind nötig, damit man die vielen Interessen im Buchholz unter einen Hut bringen kann.

In diesem Zusammenhang habe ich drei Wünsche an den Stadtrat:

1. Dass der Trendsportplatz so gebaut wird, dass er einfach zu einem Zuschauerraum für die Sportkletterwettkämpfe umgenutzt werden kann und dass der Outdoor-Turm in die Entwicklung der Sportanlage Buchholz miteingeplant wird. (Tischvorlage – Seite 1).
2. Dass der Stadtrat dem Griffig Hand bietet, dass der gewünschte Ausbau Richtung Forstwerkhof mit dem geplanten Neubau des Forstwerkhofes/Dojo abgestimmt werden kann. (Tischvorlage – Beilage 2.)
3. Zudem wünsche ich mir, dass der Stadtrat bei seiner Sportpolitik die privat organisierten Trägerschaften von Sportanlagen viel stärker berücksichtigt; allen voran diejenigen Anlagen, die auch Gegenstand des kantonalen Sportanlagenkonzepts sind. In Uster sind die das Dojo des Judoclubs, die Badmintonhalle Blue-Point, die Squash-Arena und die natürlich die Kletterhalle Griffig. Und wohlverstanden: die Squash-Arena und das Griffig sind unter einem Dach und gelten auch als Sportanlagen von nationaler Bedeutung.

Die Abteilungsvorsteherin Gesundheit, **Stadträtin Karin Fehr**, nimmt Stellung: *Ich danke für die Unterstützung dieses Projekts. Damit können wir einen Mehrwert für Erwachsene, Jugendliche und Kinder sowie für diverse Vereine schaffen. Davon werden viele profitieren. Ich danke auch Pro Sport und dem Kanton Zürich für diese Unterstützung.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit 30:0 Stimmen:

1. **Für das Projekt «Pumptrack, Erweiterung Trendsportplatz Buchholz» wird ein Baukredit von netto 841'000 Franken inkl. MWST (Kostenvoranschlag +/- 10%) bewilligt.**
2. **Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel gegebenenfalls auf dem Darlehensweg zu beschaffen.**
3. **Mitteilung an den Stadtrat.**

10 Kenntnisnahmen

Referendumsfristablauf

Die Frist für das Referendum über die Weisungen 39/2023, 48/2023 und 49/2023 (GRB 22.1.2024) ist am 31. März 2024 unbenutzt abgelaufen.

Anfragen

Folgende Anfragen sind eingereicht worden:

- 562/2024 von Balthasar Thalmann (SP) vom 27. März 2024: "Winterthurerstrasse in städtebauliches Konzept integrieren – Wunsch oder Realität?"
- 564/2024 von Paul Stopper (BPU) vom 19. April 2024: Paul-Kläui-Bibliothek / Stadtarchiv / Untere Farb
- 565/2024 von Paul Stopper (BPU) vom 22. April 2024: Stadtrat lehnte 2016 Einbau Kläui-Bibliothek / Stadtarchiv in die „Untere Farb“ selber ab (Stadtratsbeschluss 358/2016)
- 566/2024 von Daniel Schnyder (SVP), Marc Thalmann (FDP) und Dieter Hohmann (SVP) vom 6. Mai 2024: „Generelle Leistungsüberprüfung: Wie werden die städtischen Leistungen überprüft und stetig optimiert?“

Folgende Anfragen sind beantwortet worden.

- 556/2024 von Isabel Eigenmann (Die Mitte) vom 12. Februar 2024: „Plakatwerbung Stadt Uster für Wahlen und Abstimmungen“ (Stadtratsbeschluss vom 16. April 2024)
- 567/2024 von Paul Stopper (BPU) und Tanja Göldi (SP) vom 13. Mai 2024: Busverbindungen von Uster an den Greifensee

Dokumente

Die Ratsmitglieder haben erhalten am

- 8. Mai 2024: Stadt Uster, Abteilung Präsidiales: Aktionstage Behindertenrechte in Uster vom 15. Mai bis 15. Juni 2024, Einladung zur Teilnahme
- 13. Mai 2024: Stadt Uster, Fachstelle Nachhaltigkeit: Nachhaltigkeitswochen vom 1. Juni bis - 16. Juni 2024, Flugblatt mit Programm
- 13. Mai 2024: ZHAW, Einladung zur Teilnahme an einer Umfrage betreffend finanzielle Allgemeinbildung und öffentliches Finanzwesen
- 13. Mai 2024: Fluglärmforum Süd, Einladung zum Informationsanlass i/S. Überblick über die aktuellen Entwicklungen in Lärmfragen – sowohl Fluglärm, wie auch Strassenlärm oder Lärm aus anderen Quellen vom 18. Juni 2024, EMPA-Akademie, Dübendorf

Der Ratspräsident lädt die geladenen Personen zur Feier seiner Wahl ein. Treffpunkt ist das Restaurant in der Residenz „Am Stadtpark“. Die Geschäftsführerin Residenz Stadtpark, Sylvia Cruccas, kann uns auf Wunsch eine Wohnung im 10. OG zeigen.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 10. Juni 2024 statt.

Für das Protokoll
21.5.2024

Der Ratsschreiber
Daniel Reuter

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugt
27.5.2024

Der Präsident
Hans Denzler